

handelt sich um die Fläche bis hin zum Alterbach – die Firma Maco, die vier Hektar als Bedarf angemeldet hat und, auf Drängen der Landespolitiker, eine Zusage für einen neuen Produktionsstandort im Lungau abgegeben hat, wird sich am

Auge gefasst worden. Geprüft wurde auch noch eine Fläche östlich der beiden Betriebe in Richtung der Olzachauen. Die wurde aber, „wegen Umwelt-Bedenken ausgeschieden“, wie Paul Lovrek, Geschäftsführer des Regionalverbandes dazu erläu-

Überregional bedeutende Betriebe

Insgesamt sind es sechs Betriebe in der Stadt und Sony in Anif (siehe eigenen Artikel), für die unter der Ka-

änderung im Regionalprogramm ist ausgearbeitet, der Amtsbericht wurde von der für die Raumordnung zuständigen Landesrat Sepp Eisl (ÖVP) bereits genehmigt, für die Verordnung bedarf es nur noch eines Regierungsbeschlusses – mit der Unterschrift von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ) ist zu rechnen, die, wie Richard Hörl in einem SF-Interview kritisierte, „der Wirtschaft das Wort redet, ohne Wenn und Aber, und nicht berücksichtigt, dass Grünland ein Gut ist, das nicht vermehrbar ist“.

Kein Bedarf angemeldet

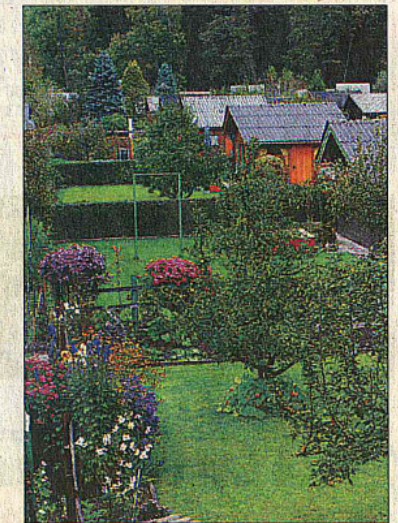
Für Hörl, der bei den vor dem Abschluss stehenden Verhandlungen mit Bürgermeister Heinz Schaden über Bauland-Widmungen in der Grünland-Deklaration – Basis sind die in der Braum-Studie vorgeschlagenen 46 Hektar – einen annehmbaren Kompromiss erreichen will, sind die geplanten Betriebserweiterungen der noch größere Anschlag auf die Grünland-Deklaration: „Betriebserweiterungen, in dem Ausmaß, das haben wir überhaupt noch nie gehabt.“ Für „privilegierte Betriebe“, für die, außer für Maco, „nicht einmal Bedarf angemeldet ist, nur um nicht einen Anlassfall zu schaffen“, wettet Hörl Richtung Regionalverband und Landesregierung. Ein Alternativvorschlag der Aktion Grünland, der statt einer Flächenverschwendung bei Maco und Porsche einen flächenschonenden Abtausch bestehender Betriebsflächen vorgesehen hätte „wurde ganz einfach negiert – das sagt alles“, sieht Hörl so gut wie keine Möglichkeiten mehr, bei den geplanten Betriebserweiterungen noch etwas erreichen zu können –

Indiz, dass es so durchgezogen wird, wie es von gefinkelten Landesjuristen ausgetüftelt wurde: man erlässt eine Verordnung, die Stadt stellt sich dann auf den Standpunkt, wir müssen das so handhaben.“ In der Braum-Studie ist die Maco-Fläche allerdings dezidiert nicht für eine Umwidmung empfohlen.

Regionalverbandsgeschäftsführer Paul Lovrek schwächt indes ab: „Es geht nicht darum, dass man eine Bauwelle initiieren will, und es soll auch nicht der Eindruck entstehen, dass es sich bei allen untersuchten Flächen um potentielle Umwidmungsflächen handelt.“ Was von den untersuchten Flächen konkret umgewidmet wird, sei überdies eine Angelegenheit, „die die Gemeinde zu entscheiden hat“.

Brigitte Gappmair

Den Alternativ-Vorschlag der „Aktion Grünland“ zur Maco-Porsche-Erweiterung finden Sie im Internet im Anschluss den Artikel: www.salzburger-fenster.at



Kleingarten-Anlage beim Palfinger: für eine Erweiterung müssten sie Platz machen.
Foto: Wild&Team

„Die Politik erliegt dem Grünland-Rausch“

3.10.07
Sbg Fenster

Sagt Ex-ÖVP-Gemeinderat Lukas Wolff

Lukas Wolff, Obmann der Salzburger Grundbesitzerbundes, nimmt eine pointierte Kontraposition zur Bauland-Debatte ein.

SF: Herr Dr. Wolff, wie sehen die Grundbesitzer die sehr emotional geführte Debatte um die Baulandwidmungen aus der Grünlanddeklaration?

Wolff: Die Grundbesitzer sehen es sicher pragmatischer und ökonomischer als die paar Wortführer, die die Gangart bestimmen. Die Diskussion wird ja in Wahrheit von einer Handvoll von Leuten geführt, die wollen, dass alles grün bleiben soll und sich nichts verändern darf. Das sind pensionierte Spitzenbeamte, Oberlandesgerichtsräte und Villenbesitzer, zumeist ältere oder jüngere, abgesicherte Leute, die ihr Wohnumfeld und ihr Auslangen geregelt haben und die nicht wollen, dass irgendetwas ihren gewohnten Ausblick stört.

SF: Ist das nicht überzogen?

Wolff: Nein, oder hören Sie ähnliche Töne von den Bewohnern aus

dem Norden der Stadt? Wo alles sehr dicht verbaut ist, wo die Sozial- und Wohnblock-Siedlungen stehen, und es kaum mehr Grünflächen gibt. Dort ist es still, da äußert sich niemand. In den Köpfen der Stadtpolitiker gibt es eine gedachte Trennlinie durch die Stadt: Der Prominentenäquator zwischen Mönchsberg und Gaisberg, hinter dem am besten nichts angerührt werden darf. Ich frage Sie, wo gibt es das, dass nichts mehr gebaut werden darf, weil dort die besseren Leute wohnen?

SF: Dass diese Leute ihren Lebensstil verteidigen, ist nachvollziehbar, vor allem in einer Stadt, wo es eine ausgeprägte Kultur der Bürgerbeteiligung gibt.

Wolff: Ja, natürlich. Aber wenn Sie in Linz erzählen, dass man in Salzburg bald nur noch über eine Bürge-

rabstimmung und eine Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat bauen darf, dann lacht man Sie aus. Das gibt es nirgendwo sonst. Das bedeutet, dass eine Stadt aufgibt, zu wachsen. Das ist eine Selbstkapitulation. Letztlich geht es auch um den fehlenden Bürgerstolz in der Stadt, in dem Sinn, dass man sich an Prosperität und Wachstum erfreut. In Salzburg herrscht aber eine mythologische Überhöhung der ländlichen Idylle. Und auch die Politik erliegt einem Grünland-Rausch.

SF: Die Bürgerabstimmung ist eine Forderung der ÖVP, der Sie angehören.

Wolff: Ja, da fehlt es eindeutig an Intellektualität. Wenn ich das Grundgut Bauland so verknappe, ist das nicht nur wirtschaftlich sondern auch sozial eine Untat. Außerdem ist es sehr zweifelhaft, ob man die Verfügungsgewalt verfassungsrechtlich über das Grundeigentum derart einschränken darf. Da könnte ein klagender Grundbesitzer alles wieder kippen.

Interview: S. Wenger



Foto: privat